

Der Bürgermeister erklärte, dass er sich diesbezüglich bereits mit Herrn Köhler kurzgeschlossen habe und man sich darin einig war, dass dies ein enorm wichtiges Thema sei. Es stelle zu diesem Zeitpunkt jedoch eine enorme Belastung für die Verwaltung dar. In der Stadtverwaltung solle sich hierzu eine Arbeitsgruppe bilden, bei der die Politik eingebunden werden solle.

Herr Köhler stellte zwei Dinge fest: Es sei zum einen anzunehmen, dass die Beschlüsse, an denen die Bürger aktiv hätten mitarbeiten und partizipieren können, am längsten Bestand hätten, eben aufgrund dieser Mitwirkung. Weiterhin solle auf der städtischen Homepage der entsprechende Raum für die verschiedenen Mitwirkungsmöglichkeiten geboten werden.

Der Bürgermeister ergänzte, dass Frau Bungarten in der Verwaltung diese Arbeitsgruppe dahingehend koordinieren solle, diese von Herrn Köhler genannten Ziele umzusetzen. Von den Fraktionen solle hierzu wenn möglich eine Ansprechperson benannt werden.

Herr Knülle stellte die Frage, ob ein derartiger Arbeitsauftrag an die Verwaltung zu diesem Zeitpunkt die Verwaltung nicht überfordern werde.

Frau Jung bemerkte ebenfalls, dass dieser Auftrag an die Verwaltung ihr doch auch sehr umfangreich erscheine und doch an dieser Stelle stark hinterfragt werden solle.

Frau Bergmann-Gries bekundete, dass die Intention des Antrags eine gute Sache sei und die Bürgerschaft oder einzelne Bürger mehr in die städtischen Prozesse oder Entscheidungsprozesse eingebunden würden und eine Partizipation der Bürger sich nicht darauf beschränke solle, lediglich alle paar Jahre zur Wahl zu gehen und ein Kreuzchen zu machen. Gerade bei Rats- oder Ausschusssitzungen sei augenfällig, dass sich die Besucherzahl häufig in Grenzen halte. Es solle jedoch ausdrücklich nicht Denjenigen eine Plattform geboten werden solle, die Demokratie verächtlich machen wollten.

Herr Lienesch erklärte, dass der schriftliche Antrag des Aufbruch! aufgrund des damit verbundenen Aufwandes so derzeit nicht beschlossen werden könne, obwohl die Idee dahinter in der CDU-Fraktion auf Sympathie gestoßen sei. Wenn es die Quintessenz der Übereinkunft des Bürgermeisters und der Fraktion Aufbruch! und den Beratungen an diesem Tage im Ausschuss sei, im ersten Schritt aufzuarbeiten und auf der Homepage bspw. darzustellen, welche Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung es bereits gäbe und darauf aufbauend Formen der Bürgerbeteiligung langfristig fortzuentwickeln, dann würde die CDU sich dem mit den anderen Fraktionen gerne anschließen.

Der Bürgermeister bejahte, dass es ein erster Schritt wäre, zusammenzustellen, welche Formen der Bürgerbeteiligung schon vorhanden sind, ohne dass der Arbeitsaufwand der Verwaltung dabei aus dem Ruder laufen würde.

Herr Köhler erklärte abschließend, dass er den Antrag nicht mit einem zeitlichen Zeitpunkt versehen habe und als Prozess anzusehen sei. Weiterhin insistiere seine Fraktion nach oder mit den Zusagen des Bürgermeisters nicht darauf, dass über den

Antrag abgestimmt werden solle.